Dienstag, 15. November 1921. Einzelnummer 15 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 219.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat November M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4240, 2273, 3110, 3249.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 40.— M. Reklameteil 120.— M. Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ultima ratio.

Zwei Monate ist es her seit der Lodzer Tagung. Alles was damals die Abgesandten der deutschen Bevölkerung aus den 3 Teilgebieten an Klagen und Beschwerden vorbrachten, verdichtete sich zu einem letzten, dringenden Appell an die Regierung und an unsere polnischen Mitbürger, es endlich genug sein zu lassen mit dem System der Entrechtung und Verdrängung, und auch dem Manne deutschen Stammes das Verbleiben in der Heimat zu ermöglichen. Damals war gerade das Kabinett Ponikowski ans Ruder gekommen, und so übernahmen es unsere Abgeordneten, die Entschließungen der Lodzer Tagung sowohl von der Tribüne des Sejm wie auch in Sonderaudienz dem neuen Kabinett und seinem Chef vorzutragen und schnelle Hilfe zu erbitten. Aber es kam, wie es kommen mußte: zunächst freundlicher Empfang und liebenswürdigste Zusicherungen; eifrige Notizen und herzliche Verabschiedungen. Bei allem aber die übliche Klausel: ein endgültiger Bescheid könne erst nach eingehender Prüfung der Materie und nach Anhörung der zuständigen Amtsstellen erfolgen. Also Hinausschiebung. Als dann unsere Abgeordneten wieder anklopften, war der Kabinettschef anderweit besetzt, der in Aussicht genommene Ministerrat hatte noch nicht stattfinden können usw., usw. Und schließlich beim dritten Bittgange: Verwehrung des Zutritts zu den Ressortchefs, Abfertigung durch irgend einen den Abgeordneten bis dahin unbekannten Ministerialbeamten, dem die Materie natürlich noch gänzlich unbekannt war; wieder Notizen, Verbeugung und raus! Inzwischen aber neue Knechtung der deutschstämmigen Bevölkerung.

Das alte Spiel. Wir kennens zur Genüge. So war es, als eine Abordnung des Posener Deutschtums vor mehr als anderthalb Jahren den Landtagsmarschall und den Staatspräsidenten aufgesucht hatte, so war es als unsere Führer in Bromberg den Herrn Staatspräsidenten um Hilfe gebeten hatten, und so war es bei jeder und jeder Einzelpetition, mit der Deutsche im Vertrauen auf ihr gutes Recht vor die oder jene Behörde getreten waren. Es gehört wirklich die ganze Gutmütigkeit des Deutschen dazu, um einen derartigen Affront immer wieder ruhig hinzunehmen und den Glauben daran zu bewahren, daß vielleicht doch noch einmal ein Staatsfunktionär die Zivilcourage haben könnte, der deutschen Minderheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wären unsere Sejmabgeordneten nicht eben auch Blut von unserem Blut, sie hätten, weiß Gott, schon längst erklären müssen, daß sie bei der ihnen selbst zuteil gewordenen Behandlung und bei der fortgesetzten Entrechtung ihrer Wähler nicht mehr in der Lage wären, an den Beratungen des Sejm teilzunehmen. In uns Deutschen steckt wohl zu viel Disziplin, zu viel Achtung vor der Autorität des Staates und seiner Organe, als daß wir selbst gegen niederträchtigste Behandlung aufbegehren könnten. Sei's! Aber so weit dürfen wir es nicht kommen lassen, daß wir als komische Figur in der Komödie belacht werden. Und deshalb muß jetzt, nachdem auch das neue Kabinett zu erkennen gegeben hat, daß es nicht gewillt ist, einen anderen Kurs zu steuern wie seine Vorgänger, der Schritt getan werden, der von den in Lodz zusammengekommenen Vertretern des Deutschtums als ultima ratio gefordert wurde: Heran an den Völkerbund! Die in ihrer Existenz unmittelbar bedrohten Ansiedler haben den Schritt schon getan. Das gesamte Deutschtum muß den Ansiedlern folgen, und alles, was wir als Verletzung des uns zugesagten Minderheitenschutzes empfinden, muß dem Völkerbunde zu schleuniger Entscheidung unterbreitet werden.

Dürfen wir aber von ihm Hilfe erhoffen? Wird sich die Welt um unser Geschick kümmern? Ganz andere Dinge sind es, um die sich heute das Interesse der Großmächte dreht. Vielleicht stärker als je ist die Rivalität um die Weltmacht, die die Großen der Erde beschäftigt. Umgruppierung der Mächte; Befestigung der neuen See- und Landhegemonien. Auf der einen Seite das Bestreben, durch Allianzen den Rivalen zu isolieren, und bei diesem wieder der Versuch, den gegen ihn gerichteten Schachzügen Paroli zu bieten. Ein nervenaufpeitschendes Ränkespiel zwischen Nordamerika, England, Japan und Frankreich. Wer möchte sich als Beteiligter oder Zuschauer solchen Ringens um das Schicksal von ein paar Hunderttausend kümmern, die irgendwo auf dem europäischen Kontinent nach Gerechtigkeit rufen? Und doch: mag der Machtfaktor im Weltgeschehen eine noch so gewaltige Rolle spielen, — Macht, die sich nicht auf ethische Grundlagen stützt, ist hohl, wie eine Seifenblase, die früher oder später zerplatzt, ohne auch nur eine Spur ihrer einstigen schimmernden Existenz zu hinterlassen! Das ist eine Erkenntnis, die die Haltung vieler dem Völkerbunde angehörenden Staaten ganz wesentlich beeinflußt. Diese Staaten sind nicht gewillt, die Diktate der Macht mitzuunterschreiben, und sie legen Wert darauf, die Sprüche des Völkerbundes auf eine sittliche Grundlage zu stellen. Von ihrer Einwirkung dürfen wir erhoffen, daß sie die Nichtachtung des Minderheitenschutzvertrages und der bei ihm niedergelegten Rechtssätze nicht zulassen, sondern daß sie mit allem Ernst dahin streben werden, einen großen Richterspruch zu fällen. Daran darf uns auch die Haltung Frankreichs nicht irre machen. Freilich ist unbestreitbar, daß die deutschfeindliche Tendenz in der Politik unseres Staates von Frankreich beeinflußt, ja vielleicht geradezu anbefohlen ist, und daß sich Polen nach wie vor in der Rolle eines Polizeibüttels Frankreichs gefällt. Aber gerade weil bei all den gegen uns geführten Schlägen der Polizeiknüppel, und eben nur der Polizeiknüppel zu erkennen ist, müssen die Schläge aufhören, sobald sich das Recht Gehör verschafft.

Sollte Polen heute nicht selbst geneigt sein, auf die Stimme des Rechts zu hören? Gerade aus dem Munde unserer polnischen Mitbürger haben wir immer wieder vernommen, daß, wenn erst die oberschlesische Frage gelöst wäre, die Bedrückung der Deutschen in Polen ihr Ende finden würde. Nun ist die oberschlesische Frage gelöst, und zwar in einer Weise, die stärker noch, als wir es je erwarten durften, die Verständigung der beiden Nachbarstaaten zur Voraussetzung hat. Ein enges wirtschaftliches Zusammengehen im oberschlesischen Industrierevier, wie es das Diktat des Völkerbundrates vorsieht, ist nicht denkbar, ohne daß die beiden Staaten in ihrer Gesamtheit zu einer engen Wirtschaftsgemeinschaft kämen. Und eine solche wirtschaftliche Annäherung — die übrigens die geographische Grenze der beiden Staaten geradezu erheischt — bedingt die wechselseitige Sicherung der völkischen Minderheiten, wie dies ja in dem Entscheid des Völkerbundrates expressis verbis zum Ausdruck kommt. Im polnischen Blätterwalde erhebt sich zwar hier und dort noch immer ein wildes Gezeter gegen die Annäherung der beiden Staaten. Aber dieses Gezeter ist, wenn wir genau hinhören, nur ein Angstschrei. Es ist die Angst vor der Möglichkeit, daß bei wirtschaftlichem Zusammengehen deutsche Tüchtigkeit die Führung übernehmen könnte. Indessen dürfen wir wohl diese Angst der Jugend unseres Staatswesens zugute halten. Sie wird mit zunehmender Reife von selbst schwinden. Vielleicht wird gerade ein Rechtsspruch des Völkerbundes auf die ängstlichen Gemüter unserer polnischen Mitbürger beruhigend wirken und dartun, daß der Pole weder die Handvoll Deutscher im eigenen Lande noch das deutsche Nachbarreich zu fürchten braucht, wenn er sich den Wahrspruch zu eigen macht: bete und arbeite, d. h. wenn auch der Pole sein Streben mit Sittlichkeitsgedanken erfüllt. Dann wird der Herr Kabinettschef nicht mehr, wie er es in Krakau getan hat, darüber zu klagen brauchen, daß sich die Intelligenz vom öffentlichen Leben fern hält. Warum steht sie heute zur Seite? Weil sie bei ihrer Betätigung — das gerade ist der Gewinn der Bildung — die Sittlichkeitswerte nicht missen möchte. Die aber fehlen heute überall in den Amtsstuben. Wir erinnern nur daran, wie sich gebildete polnische Landwirte geweigert haben, an den jedem Rechtsempfinden Hohn sprechenden Taxen des Domänenpächterinventars teilzunehmen, erinnern an den vernichtenden Artikel, den Herr Cichowicz im „Dziennik Poznański“ über die bei der Neu- und Vorvergebung der Domänen zu Tage getretene Vetternwirtschaft veröffentlichte. Wir verweisen auf die in unserer letzten Sonntagsnummer mitgeteilten Urteile, in denen polnische Richter in zwingender Beweisführung dargetan haben, daß sowohl die Grundsätze des privaten und öffentlichen Rechts, wie die Verfassung, wie der Friedens- und der Minderheitenschutzvertrag, wie auch das Gesetz vom 14. Juli 1920 der Entrechtung der Domänenpächter und Ansiedler entgegenstehen. Und nun doch wieder die Hinausstoßung von Hunderten von Ansiedlern in Eis und Schnee! Und ist es nicht geradezu Wahnwitz, daß die besten deutschen Elemente von der Beteiligung am öffentlichen Leben zwangsweise um deswillen ferngehalten werden, weil sie der polnischen Sprache noch nicht hinreichend mächtig sind? Es wäre für den Herrn Ministerpräsidenten nicht allzu schwer gewesen, die Stelle zu finden, die der Heilung bedurfte. Wir haben es nicht daran fehlen lassen, immer wieder den Finger auf die Wunde zu legen. Nichtverstehenwollen und Anfeindung war die Antwort. Nun mag der Völkerbund sprechen.

Um die Abstimmung in Wilna.

Die Wilnaer Frage, die plötzlich ganz in den Vordergrund der politischen Bühne Polens gerückt ist, hat in Warschau große Verwirrung angerichtet. Es schieden sich die Geister in einer Reihe von verschiedensten Entwürfen. Der Vorschlag des Staatspräsidenten forderte, daß die Wahlen zum Wilnaer Sejm auf erweitertem Gebiet vollzogen werden sollen, d. h. einem Gebiet, das außer dem sogenannten Mittellitauen noch die Polen schon zugehörenden Kreise umfaßt. Der Ministerpräsident Ponikowski und sein Kabinett nahmen einen anderen Standpunkt ein, und sogar das sogenannte politische Komitee des Ministerrates beschloß, in dieser Angelegenheit Neutralität zu bewahren. Der Ministerrat entschloß sich nachher, den Staatspräsidenten zu schützen und legte zwei Entwürfe vor, von denen der zweite nachher vom Staatspräsidenten angenommen wurde. Außerdem lagen noch Entwürfe des Abg. Barlicki im Namen der sozialistischen Partei vor und noch ein Kompromißentwurf, dessen Hauptpunkte sind: Wahlen in dem Gebiet des sogenannten Mittellitauens und autonomisches Statut für das Wilnaer Gebiet. Dieser letzte Entwurf wurde ebenfalls vom Belvedere während der gestrigen Beratungen nicht angenommen. So stellt sich die Lage jetzt folgendermaßen dar: Die Nationalparteien sind mit aller Entschiedenheit gegen den Standpunkt des Staatspräsidenten und fordern die Wahlen nur in den Gebieten des sogen. Mittellitauens; andererseits besteht ein Regierungsentwurf und ein Entwurf des Belvedere, auf Grund dessen die Regierung bis Dienstag die Formel der endgültigen Erledigung der Wilnaer Angelegenheit bearbeiten soll. Es liegt allerdings noch die sehr wichtige Erklärung des Staatspräsidenten vor, die er am Sonnabend niedergelegt hat und die seinen Standpunkt begründet. Der Staatspräsident erklärte nichts anderes als das, daß er das Polentum Wilnas als in Frage gestellt erachte, und es sich auf historischen Grundlagen schwer darüber entscheiden läßt, wem das Wilnaer Gebiet angehören sollte, weil auf dieses Gebiet ebenso die Russen, die Weißrussen, die Litauer und andere begründete Ansprüche haben.

Der „Glos Poranny“ bemerkt dazu: „Die Frage ist wenigstens klar gestellt. Piłsudzki spielte mit offenen Karten und legte die Maske ab. Diese seine letzte Erklärung ist ein deutliches Dokument, das ausgezeichnet die ganze Politik des Belvedere in die Wilnaer Angelegenheit charakterisiert. Diese Politik ging deshalb nicht auf der Linie der wirklichen Interessen Polens, weil sie Zweifel am Polentum Wilnas hegte. Es ist schwer, sich einen widerspruchsvollen Standpunkt vorzustellen, einen Standpunkt, der mit einer so hohen Stellung, wie sie in unserm Staate Piłsudzki einnimmt, weniger vereinbar wäre. Unser Sejm und das ganze polnische Volk glaubte tief und glaubt unerschütterlich, daß Wilna polnisch war und polnisch sein wird, daß es nicht mit dem Schwerte erobert wurde, wie dies Herr Piłsudzki meint, sondern mit dem Herzblut tiefer Zusammengehörigkeit an die schon unser Nationaldichter erinnerte, der doch Litauen sein Vaterland nannte. Daran denkend, muß der Sejm das polnische Wilna verteidigen und, was leider sehr traurig ist, vor den Vorwürfen unseres Staatsoberhauptes.

Die Krise.

Warschau, 13. November. Die Gesandten Frankreichs und Englands erschienen beim Ministerpräsidenten und beim Außenminister und stellten diesen vor, daß die Änderung auf dem Posten des Staatsoberhauptes des polnischen Staates einen ungünstigen Eindruck im Ausland machen würde. Daraufhin versammelte sich in der Nacht von Freitag zum Sonnabend um 1 Uhr der Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten und beschloß nach zweistündiger Aussprache, die Person des Staatspräsidenten in die gegenwärtige Krise nicht hineinzuziehen. Der Ministerrat erkannte dagegen den zweiten Kompromißentwurf als Regierungsentwurf an und beschloß die ganze Verantwortung für die Durchführung dieses Entwurfes zu übernehmen. Am Sonnabend um 10 Uhr vormittags versammelten sich unter dem Vorsitz des Marschalls Trąmpczyński die Vorsitzenden aller Sejmklubs. Anwesend waren auch der Ministerpräsident, der Außenminister, der Finanzminister und der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Sejmmarschall ergriff der Ministerpräsident Ponikowski das Wort. Er erörterte die vier Punkte des Regierungsentwurfes, wie man die Wilnaer Angelegenheit lösen solle, und benachrichtigte die Versammelten von dem Beschluß des Ministerrates; er fügte hinzu, daß von der Annahme dieses Entwurfes das weitere Bestehen des Kabinetts abhänge. Auf diese Weise stellte das Kabinett die Vertrauensfrage. Darauf sprach der Außenminister Skirmunt. Er behandelte die Angelegenheit vom Standpunkt der internationalen Politik aus. Der Finanzminister Dr. Michalski forderte eine unverzügliche Erledigung der Finanzgesetze. Nach der Erklärung des Marschalls, daß die Angelegenheit des Finanzministers vom Ältestenausschuß am nächsten Dienstag erledigt werden wird, sprach im Namen der polnischen Volkspartei der Abg. Rataj, der sich für eine Annahme des Regierungsentwurfes erklärte. Der Abg. Głąbiński verwarf im Namen des Nationalen Volksverbandes rücksichtslos jede Erweiterung des Gebietes der Abstimmung zum Sejm Mittellitauens. Gegen den Abg. Głąbiński trat der Abg. Stapiński auf. Darauf sprach noch von seiten der Regierung der Minister für den Arbeitsschutz, der ebenfalls den Regierungsentwurf stützte. Gerüchten zufolge, die in den Gängen des Sejms kreisen, wird der Regierungsentwurf die arithmetische Mehrheit erzielen. Man hegt die Hoffnung, daß der Krise vorgebeugt werden wird.

Preußischer Staatsrat.

Berlin, 14. November. (Tel.-Un.) Der preußische Staatsrat erledigte in seiner gestrigen Sitzung eine Reihe kleinerer Vorlagen. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Beratung eines Gesetzentwurfes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Namens der Mehrheit des Hauptausschusses konnte Graf von Kayserlingk die Annahme der Vorlage nicht empfehlen. Er legte aber eine Entschließung vor, in der es heißt: Der Staatsrat steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Interessen von Reich, Staat und Gemeinden die alsbaldige reinliche Scheidung der Steuerzuständigkeit auf dem ganzen Gebiet der öffentlichen Abgaben fordern. Solange diese reinliche Scheidung endgültig nicht feststeht, kann der Staatsrat die Annahme der Vorlage nicht empfehlen. Die Entschließung wurde sodann mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten angenommen. Das Haus stimmt sodann dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Ruhrtalsperrengesetzes vom 25. Juni 1913 ohne Aussprache zu, ebenso dem Gesetzentwurf betreffend Änderung der Schiedsamtsordnung vom 29. März 1879. Nächste Sitzung voraussichtlich am 22. November.

Die Wahlen.

Dringlichkeitsantrag des Abg. Haßbach und Gen. der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneten in Sachen der Verordnung, betr. Gemeinde- und Kommunalwahlen.

Das Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet hat bekanntlich eine Verfügung bezüglich der kommunalen Wahlen erlassen, die dahin lautet, daß Personen, die die polnische Sprache nicht in Wort und Schrift beherrschen, nicht als Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete gewählt werden dürfen. Den Wahlkommissionen stände demnach das Recht zu, die Wahlkandidaten einer Prüfung zu unterziehen, ob sie der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind. Gegen diese Verordnung haben die Abgeordneten der Deutschen Vereinigung im Sejm bei dem Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet wiederholt Vorstellungen erhoben. Im Laufe der Unterredung gab der Minister die Erklärung ab, diese Verordnung müßte bestehen bleiben, um zu dokumentieren, daß die polnische Sprache die Amtssprache sei; es stände aber nicht zu befürchten, daß in der Praxis Kandidaten dahin geprüft werden würden, ob sie tatsächlich der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig seien. Die deutsche Minderheit suchte dieser Sprachverordnung möglichst nachzukommen und stellte Kandidaten auf, die die polnische Sprache soweit beherrschten, daß sie den Verhandlungen hätten folgen können. In den meisten Wahlbezirken ist nun eine Prüfung der Kandidaten der deutschen Liste vorgenommen worden. Die Folgen waren vorauszusehen: Die deutschen Kandidaten genügten den Anforderungen nicht und wurden von der Liste gestrichen, z. B. in Nakel, Schulitz, Rawitsch, Tuchel, Schwetz usw. In Schulitz wurde nur ein Kandidat der deutschen Liste geprüft, der der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist. Seine polnischen Sprachkenntnisse genügten aber nicht, und nun wurde die ganze deutsche Liste nicht anerkannt, und von einer Wahl Abstand genommen, da nur eine Liste rechtsgültig sei. Auf diese Weise sind in der fast rein deutschen Stadt die Deutschen aus der kommunalen Verwaltung völlig ausgeschaltet. Viele Kandidaten der deutschen Listen im vorgerückten Lebensalter und in angesehener Stellung hielten es mit ihrer Ehre nicht vereinbar, sich wie Schulbuben auf die Prüfungsbank zu setzen und von Personen prüfen zu lassen, denen sie an Bildung erheblich überlegen sind. In Puck soll sich der Abgeordnete Splett, der ein Jahrzehnt als polnischer Sprachlehrer tätig gewesen ist, vor einer Kommission, die aus einem früheren Malermeister, einem Kaufmann und einem Arbeiter ohne jede höhere Bildung besteht, einer Prüfung im Polnischen unterziehen. Auch in anderen Orten, z. B. in Tuchel, hat man jetzt noch als polnische Sprachlehrer tätige Personen zur Prüfung eingeladen. Die zur Prüfung nicht Erschienenen werden in allen Wahlbezirken von der Liste gestrichen. Die Aufnahme der Sprachenparagraphen in die Wahlordnung und die Einrichtung von Prüfungskommissionen für die deutschen Wahlkandidaten steht in der ganzen Geschichte des demokratischen Wahlrechts ohne Beispiel da.

Diese eigenartige Wahlordnung kann eine völlige Sabotierung der deutschen Wahlausübung herbeiführen. Es liegt klar auf der Hand, daß der Sprachenparagraph der Wahlordnung zu keinem anderen Zweck erlassen wurde, als die deutsche Wahlausübung völlig zu unterbinden oder doch wenigstens auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Das Heiligste, was ein Staatsbürger in einem Staate besitzt, ist sein Wahlrecht. Wenn nun die Kandidaten, die der ausübende Wähler als Männer des Vertrauens gewählt hat, von der Liste gestrichen werden, versagt man ihm tatsächlich die Ausübung seines elementarsten Staatsbürgerrechts. Aktives und passives Wahlrecht sind in dieser Wahlordnung gleicherweise illusorisch gemacht worden. Die deutsche Minderheit in den ehemals preußischen Teilgebieten ist völlig rechtlos gemacht.

Wenn die Minderheitswähler sich Kandidaten aufstellen, welche die Staatssprache nicht genügend kennen, so ist dies nach dem gesunden Menschenverstand ihre Sache. Es ist ihre Sache, wie gut oder wie schlecht sie sich durch solche Kandidaten vertreten lassen. Sache des Staates ist es allein, allen Staatsbürgern nach Maßgabe der Zahl ihrer Stimmen ihre Kandidaten aufstellen und wählen zu lassen. Daß der Staat außerdem darauf achtet, daß die Abgeordneten im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, ist in jedem Falle berechtigt. Daß man aber zu den bürgerlichen Ehrenrechten auch die Beherrschung einer Sprache rechnet, steht einzig im Völkerleben da.

Die genannte Wahlordnung widerspricht dem Artikel 96 Abs. 1 der Verfassung, der allen Bürgern die Gleichberechtigung zusichert. Ebenso ist sie nicht vereinbar mit dem Minderheitsschutzvertrage. Der Art. 7 dieses Vertrages lautet:

„Alle polnischen Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache beschränkt, weder in ihren privaten oder Handelsbeziehungen, noch in Angelegenheiten der Religion oder Presse oder der Veröffentlichung aller Arten, noch öffentlichen Versammlungen."

Und in Art. 8 heißt es:

„Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen."

Die Republik Polen hat sich ausdrücklich verpflichtet, diese Bestimmung als fundamentale Gesetze anzuerkennen und keine Verordnung zu erlassen, die mit den obigen Bestimmungen im Gegensatz oder im Widerspruch stehen.

Unter Hinweis auf die obigen Ausführungen wolle der Hohe Sejm beschließen: Der Sejm fordert die Regierung auf, 1. daß die in den Wahlordnungen für die Stadtverordnetenwahlen und zu den Kreistagen der ehem. preuß. Gebietsteile festgesetzte Bestimmung, die zu wählenden Kandidaten müßten der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein, sofort aufgehoben werden; 2. und daß die bereits vollzogenen Wahlen in den Bezirken, wo in den Wahllisten Kandidaten wegen der Unkenntnis der polnischen Sprache gestrichen worden sind, für ungültig erklärt werden.

Warschau, den 28. Oktober 1921.

Der Antragsteller: (gez.) Unterschriften.

Aus Oberschlesien.

Pleß als Sitz der Wojewodschaft.

Beuthen, 14. November. (Tel.-U.) Nach dem „Goniec Śląski" wird gegenwärtig darüber beraten, welche Stadt zum Sitz der Wojewodschaft gewählt werden soll. In Frage kommen Kattowitz, Königshütte und Pleß. Die größte Aussicht habe Pleß. Das Plesser Schloß würde sich gut zur Unterbringung der Behörden eignen. Auch der „Orędownik Śląski" erwähnt aus glaubwürdiger Quelle, daß zum Sitz der Wojewodschaft Pleß ausersehen ist und daß dort bereits diesbezügliche Vorbereitungen getroffen werden.

Uebersiedlung großer Firmen nach Gleiwitz.

Gleiwitz, 14. November. (Tel.-U.) Unter den Unternehmungen, die nach Gleiwitz übersiedeln, befindet sich auch die große Firma Stephan Froehlich und Küppel in Scharley. Außerdem wird die A. E. G. übersiedeln.

Die interalliierte Kommission gegen Lewald.

Berlin, 14. November. (Tel.-Un.) Halbamtlich wird gemeldet: Die interalliierte Kommission in Oppeln hat die Einreisegenehmigung der stellvertretenden deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien, Sekretär Dr. Lewald und Staatssekretär Dr. Geppert, die sich zu Vorbesprechungen mit Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung nach Oberschlesien begeben wollen, verweigert. Die beiden deutschen Delegierten werden an diejenigen Persönlichkeiten, mit denen sie sich in Oberschlesien zu besprechen wünschten, die Bitte richten, nach Breslau zu kommen.

Zu der Verweigerung der Einreise der deutschen Delegierten nach Oberschlesien wird jetzt von zuständiger Stelle folgende Note des britischen Botschafters bekannt gegeben:

Die Interalliierte Plebiszitkommission hat erfahren, daß die deutsche und die polnische Regierung beabsichtigen, Delegierte in das Abstimmungsgebiet zu entsenden, um als Vorbereitung für die Wirtschaftsverhandlungen Erkundigungen anzustellen. Die Interalliierte Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß derartige Untersuchungen im gegenwärtigen Augenblick durch Delegationen beider Länder im Hinblick auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit unangenehmen Folgen verbunden sein würden. Die Interalliierte Kommission schlägt daher vor, die Besprechungen in deutschen oder polnischen Städten stattfinden zu lassen, die in der Nähe des Abstimmungsgebietes liegen. Dorthin könnten die Regierungen von Berlin und Warschau solche Persönlichkeiten aus Oberschlesien berufen, die sie zu befragen wünschten. Im Anschluß an die Mitteilung über die Ansicht der Interalliierten Kommission an das Ministerium des Auswärtigen erlaubt sich der britische Botschafter der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung sich dieser begründeten Auffassung nicht verschließen wird.

Die polnisch-französischen Verhandlungen.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-französischen Handelsvertrages sind nahezu beendet. In der letzten Zeit hatten sich verschiedentlich Differenzen in der Frage der französischen Rechte im ostgalizischen Petroleumgebiet ergeben, die um so schwerwiegender waren, als gewisse polnische Kreise auf eine Entstaatlichung der Petroleumbetriebe hinwirkten. Der Abschluß der Handelskonvention ist für Polen um so wichtiger, als mit ihrem Inkrafttreten auch das militärpolitische Abkommen Geltung erlangt.

Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen Deutschland und Amerika.

Berlin, 13. November. (Tel.-Un.) Nachdem die Gewerkschaftsführer mit dem Reichskanzler Besprechungen hatten und der Reichskanzler sich auch mit den Fraktionsführern des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei ins Einvernehmen gesetzt hatte, fand heute nachmittag 5 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die bis ungefähr 7 Uhr abends dauerte. In dieser Kabinettssitzung, die sich mit den Vorschlägen der deutschen Industrie über die Kreditaktion befaßte, wurden Beschlüsse nicht gefaßt. Im Anschluß an die Kabinettssitzung fand der Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-amerikanischen Frieden mit den Vertretern der Vereinigten Staaten statt.

Sowjetrußland.

Die Sowjets und Polen.

Moskau 13. November. Die Sowjetregierung sieht die polnische Note, die den Sowjets vorwirft, noch keine der Bedingungen des Rigaer Vertrags durchgeführt zu haben, als einen Versuch an, das Vertrauen des Auslandes zu den Sowjets zu schwächen. Die von der polnischen Presse verbreiteten Nachrichten über den Aufstand in der Ukraine seien ebenfalls unwahr und von dem Willen hervorgerufen, eine unfreundliche Stimmung der alliierten Staaten Sowjetrußland gegenüber herbeizuführen.

Jahrestag der Oktoberrevolution.

Moskau, 13. November. (PAT.) Am Jahrestage der Oktoberrevolution empfing Tschitscherin in Anwesenheit der Leiter der politischen Abteilungen und Kaminiew Kurski, Stieklow, Lazarski und anderer das diplomatische Korps; dazu gehörten: der außerordentliche persische Gesandte, die Gesandten der Türkei, Lettlands, Estlands, die Botschafter Polens, Finnlands und Litauens, der Vertreter Deutschlands, Englands, der Bevollmächtigte der österreichischen Regierung, der Tschechoslowakei, der amerikanischen Hilfsverwaltung, die mongolische Delegation und die Vertreter der Sowjetrepubliken. Bei der Begrüßung des diplomatischen Korps betonte Tschitscherin, daß die Zahl der Staaten, die den Vertrag mit Rußland im letzten Jahre unterzeichnet haben, sich bedeutend vermehrt habe. Er erklärte, daß es der Wunsch Rußlands sei, alle Kräfte zu schöpferischer friedlicher Arbeit zu vereinigen. Tschitscherin sprach am Schlusse die Hoffnung aus, daß die Friedenstendenzen Rußlands von jenen Staaten genügend eingeschätzt werden, die bisher noch nicht den Vertrag mit Rußland unterzeichnet haben. Der Älteste des diplomatischen Korps antwortete mit Glückwünschen für die friedliche Arbeit und wirtschaftliche Wiedergeburt Rußlands. Am Abend fand ein Festessen für das diplomatische Korps statt.

Kommunismus in der Ukraine.

Lemberg, 13. November. Die polnischen Ortsbehörden verfügen über Dokumente, die bestätigen, daß im März d. Js. nach langen Konferenzen in Wien ein geheimer politisch-militärischer Vertrag zwischen der Regierung Rakowski der Sowjetukraine und der sogenannten Regierung Petruszewicz geschlossen wurde. Kraft dieses Vertrages sollen Rakowski und Petruszewicz mit vereinten Kräften eine bewaffnete Aktion gegen Polen unternehmen, um ihnen Wolhynien und das östliche Kleinpolen abzunehmen. Die Rakowski-Regierung verpflichtete sich, alle materielle Hilfe zu erteilen, und sie sollte zu diesem Zwecke eine Armee von 100 000 Mann bereitstellen. Dagegen sollte Petruszewicz 15 000 ausgerüstete Soldaten ins Feld führen. Nach Vertreibung der Polen aus diesen beiden Teilgebieten sollte durch Verbindung dieser Gebiete die westukrainische Republik entstehen, die in enger Föderation mit der Sowjetukraine bleiben sollte.

Gleichzeitig bereiteten sich die Bolschewisten auf einen Überfall Rumäniens vor und beschlossen, um Polen eine sofortige Hilfeleistung für Rumänien unmöglich zu machen, die Verkehrslinien zwischen diesen beiden Staaten zu vernichten. Zu diesem Zwecke sandten sie vor zwei Monaten ihre Emissionäre nach Stanisławów, die Explosionsmaterial mit sich führten, um alle Brücken am Dnjestr in die Luft zu sprengen. Zugleich sollten die galizischen Ruthenen den Verkehr zwischen dem östlichen und westlichen Kleinpolen zerstören. Um einen Aufstand und die Verbindung mit den bolschewistischen Abteilungen vorzubereiten, die das östliche Kleinpolen angreifen sollten, gründeten die galizischen Ruthenen zwei terroristische Organisationen: „Wola" und „Kum". Es wurde festgestellt, daß das „Ukrainische Horożaner Komitee" in Lemberg unter dem Deckmantel einer humanitären Aktion eine lebhafte politische Agitation entfaltet hat, für die die Bolschewisten gewaltige Geldsummen und Kleinodien übersandten. Charakteristisch ist es, daß die Bolschewisten vor dem Ausbruch des Aufstandes in Podolien große Mengen von Munition und Explosionsmaterial nach dem östlichen Kleinpolen gesandt haben. Diese Vorräte wurden jedoch am Zbrucz von den Aufständischen der Petljura-Armee beschlagnahmt. Gemäß ihrem Plane stellten die Bolschewisten längs der kleinpolnisch-wolhynischen Grenze galizische Jägerabteilungen und an der Grenze Wolhyniens die sogenannten wolhynischen Regimenter auf, damit auf ein gegebenes

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(53. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

23. Kapitel.

Vorüber war der August mit seiner strahlenden Sonne und seinen goldgelben Erntefeldern. So schön war der Sommer noch nie gewesen in Nilmer. Das fanden sie alle dies Jahr.

Ende des Monats war wirklich Ernst gekommen, nach Gisela zu sehen. Auf aller Bitten hatte er noch ein paar Tage dazu gegeben und seine Schweizer Erholungsreise aufgeschoben. Er fand seine Frau viel besser aussehend und lobte Lies als treue Pflegerin.

Die wies dies Lob beschämt zurück, denn sie hatte sich wirklich die letzte Zeit recht herzlich wenig um Gisela gekümmert, ja war ihr geflissentlich aus dem Wege gegangen. Denn sie fürchtete sich vor ihr und schalt sich doch selber wegen dieser Furcht.

Morgen nun war Ellens Geburtstag. Der sollte sehr festlich begangen werden in Nilmer, schon den vielen Gästen zu Ehren. Denn das einundzwanzigjährige Geburtstagskind selber sehnte sich gar nicht nach Festeslärm und Gläserklang. Aber Mutter wünschte es so. Und was sein Kullerchen wünschte, war dem Major ja auch fast stets Orakel. Lies hatte den ganzen Tag vorher noch viel zu tun mit Kuchenbacken und Kränzeflechten und anderen kleinen Überraschungen mehr. Sie lief singend treppauf, treppab. Denn nichts tat sie lieber, als ihrer kleinen Schwester Freude zu machen. Es war schon dämmerig, sie hatten gerade Abendbrot gegessen. Draußen auf der Veranda tat sie die duftenden Blüten eine nach der anderen in zwei große Schalen, mit denen sie morgen in aller Frühe Ellens Zimmer heimlich schmücken wollte.

Da trat Gisela zu ihr.

„Kann ich Dir nicht helfen, Lies? Ich habe nichts zu tun."

Lies sah freundlich auf.

„Danke, Gisela, das ist sehr lieb von Dir, aber ich bin gleich fertig. So, die stellen wir jetzt so lange in den Keller, daß sie frisch bleiben."

Der alte Diener half ihr tragen und leuchtete ihr die Treppe hinab. Nach einer Weile kam sie singend wieder. Gisela saß immer noch auf der Veranda.

„Wo sind die anderen?" fragte Lies und band sich die große Schürze ab.

„Wohl im Garten oder an der Steinbank am Meer. Sie wollten noch ein wenig lustwandeln vor dem Musikmachen."

„Dann wollen wir dasselbe tun," lachte Lies. „Ich habe solche Sehnsucht nach der See."

Damit schob sie ihren Arm in den der Schwägerin und ging mit ihr zusammen den langen Buchengang entlang zur Düne.

Es war so still ringsum, nur die Grillen zirpten im Strandgras, und fern aus dem Park, wo die alten Bäume standen, schrie ein Kauz.

Sie schlenderten behaglich dahin, von diesem und jenem plaudernd. Nur nicht von dem, was Giselas Argwohn aufgerührt. Das schien ganz und gar vergessen, wenigstens von Lies.

Es war allmählich immer dunkler geworden.

Sie sprachen jetzt von ihrer baldigen Abreise übermorgen, wenn Ellens Geburtstag vorüber.

Da hörten sie Stimmen von der Steinbank her. Lies zog Gisela leise am Arm zurück und legte den Finger auf den Mund. „Pst, wir wollen die anderen mal überraschen, ganz leise, — so, — hier immer hinter mir, wo das Gebüsch uns verdeckt. Dann denkt Mutter wieder, es sind Landstreicher, wie neulich."

In Lies Augen stand der Schelm, gebückt ging sie vor der anderen her. Da sahen sie, als sie näher kamen, daß auf der Bank nur zwei saßen. Die hatten ihnen den Rücken zugewandt und konnten sie nicht sehen. Ellen bitterliches, unterdrücktes Weinen klang an das Ohr. Dazwischen ihre tränenerstickte Stimme:

„Aber ich kann es bald nicht mehr aushalten, Knut. — ich kann nicht mehr. Es ist so namenlos schwer."

Und darauf Knut, — weich, beruhigend:

„Weine nicht, so, Kind, hörst Du? Ach, wenn ich Dir doch helfen könnte! Aber sieh, es gibt nur einen Trost: daß unsere Liebe stärker sein darf und soll als alles Leid der Erde, als alle Trennungsschmerzen."

Lies' Fuß stockte.

Jäh, wie gelähmt, blieb sie stehen.

Jedes Wort hatte sie deutlich verstanden, jedes einzelne, was die beiden auf der Steinbank dort gesprochen. Es war, als ob ihr Herz aussetzte, in heißer, wahnsinniger Angst.

Da fühlte sie Giselas Blick auf sich.

Und drehte sich langsam um und ging denselben Weg zurück wie unter schwerem Peitschenhieb. — — — — —

Lies schlief die ganz Nacht nicht. Sie hatte Knut nicht mehr gesehen und war sofort ins Bett gegangen. Hier lag sie mit großen, heißen, wachen Augen und starrte ins Dunkel. Und wiederholte sich immer jene Worte, die sie eben da draußen gehört. Die sich in ihre Seele gegraben wie mit glühendem Meißel: „Es gibt einen Trost, daß unsere Liebe stärker sein soll und darf als alles Leid der Erde und alle Trennungsschmerzen." —

Das hatte Knut gesagt, — ihr Knut, — ihr Knut! Also doch, — also doch! Nun hatte Gisela doch recht behalten!

(Fortsetzung folgt.)

Zeichen diese Abteilungen in Wolhynien und in das östliche Kleinpolen einmarschieren sollten.

Weiter zeigt sich, daß die Bolschewisten absichtlich den gegenwärti[illegible] Aufstand in der Ukraine provozierten, um einen Vorwand zum Kriege mit Polen zu finden. Zwei Wochen vor Ausbruch des Aufstandes sandten nämlich die Bolschewisten viele Räuberabteilungen nach der Ukraine, die unbarmherzig die Bauern beraubten, welche ihrerseits Aufstandsabteilungen errichteten und den Eindringlingen den Kampf auf Leben und Tod ansagten. Der Aufstand, der die Bevölkerung zum äußersten trieb, nahm einen solchen Umfang an, daß er die Absichten der Sowjetregierung durchkreuzte. Der Vermittler zwischen der Sowjetukraine und den russischen und bolschewistischen Organisationen im östlichen Kleinpolen ist ein gewisser **Przybyszewski**, der kommunistische Leiter der polnischen Agitation in **Kamieniec** (Podolien), der den Ruthenen und Kommunisten Geld sendet. Er leitete die ganze Umsturzagitation im östlichen Kleinpolen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. November.

Eine neue schmutz'ge Sache.

In der vergangenen Woche bemächtigte sich Frau Fama bald nach dem Bekanntwerden der Valutaschiebungen einer neuen Sache, die **Unterschlagungen von Brief- und Paketsendungen beim Postamt W. 3 am Bahnhofe** bertafen. Auch uns waren diese leider nur zu begründeten Gerüchte bekannt geworden, wir unterließen jedoch ihre Bekanntgabe, um der kriminalpolizeilichen Untersuchung nicht vorzugreifen oder sie zu stören. Nachdem die Reihe der Verhaftungen abgeschlossen ist, steht der Veröffentlichung der zweifellos schmutzigen Angelegenheit nichts mehr im Wege.

Seit längerer Zeit begingen zwei Beamte des genannten Postamts, der Assistent **Körner** und der Unterbeamte **Bunzel**, Unterschlagungen von gewöhnlichen und Einschreibbriefen, in denen sie Geld vermuteten, und nahmen sie mit nach Hause, wo sie die Briefe öffneten und ihres Geldinhalts beraubten, während sie die Brief selbst verbrannten. Es handelte sich um Unredlichkeiten, die vor etwa einem Jahre begannen, an Briefen, die von der Zentrale für amerikanische Sendungen in Krakau an das hiesige Postamt für das ehemals preußische Teilgebiet bestimmt waren. Im ganzen wurden die beiden genannten Beamten etwa 30 derartiger Unterschlagungen bezichtigt, die sie auch zugegeben haben. Das Ergebnis dieser beklagenswerten Unredlichkeiten muß recht ertragreich gewesen sein, denn Körner war in der Lage, seiner Frau ein Klavier zu kaufen, bekanntlich zur Zeit ein recht kostspieliges Ding; außerdem erstanden **Körner** und **Bunzel** gemeinsam in Lissa ein Kinematographentheater!

Weiter ergab die Untersuchung auch **Diebstähle und Unterschlagungen an amerikanischen Paketen**, die, weil zum Teil unbestellbar, da die Empfänger nicht zu ermitteln waren, in den Kellerräumen des Postamts untergebracht waren; an diesen weitverzweigten Unredlichkeiten waren aber auch andere, und zwar auffälligerweise auch verantwortliche Leiter und Beamte des Postamts beteiligt. Als verwickelt in diese Angelegenheit wurden **dreizehn Beamte in Untersuchungshaft genommen** und der Staatsanwaltschaft am Sonnabend zugeführt, und zwar außer den bereits genannten beiden Beamten, der Direktor des Postamts **Rojewski**, sein Vertreter, der Vizepostdirektor **Burjan**, die Postinspektoren **Zigmański**, **Truszkowski** und **Latosiński**, die Postsekretäre **Niedzielski**, **Saß** und **Malinowski**, der Beamte **Galiński**, der Unterbeamte **Kostrzewski**, der Vorsteher des Postamts in Bojanowo namens **Ossowski**. Die Verhafteten haben sich sämtlich der ihnen zur Last gelegten schweren Vergehungen, bei denen es sich um Veruntreuungen von Millionen handelt, schuldig bekannt; vier von ihnen wurden, weil nicht fluchtverdächtig, aus der Untersuchungshaft entlassen. Es ist u. a. festgestellt worden, daß von den betreffenden Beamten auf dem Postamt in einem Monat für eine halbe Million Mark Liköre und Schnäpse getrunken worden sind.

Die wirkliche Höhe der Unterschlagungen ist auch nicht einmal schätzungsweise anzugeben, da die Untersuchung, wie weit auch Unterschlagungen amtlicher Kassengelder vorgekommen sind, zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Daß solche Unterschlagungen leider **auch** vorgekommen sind, und zwar in erheblicher Höhe, steht einwandsfrei fest. Es ist tief bedauerlich, daß die Genannten sich zu solchen Unredlichkeiten haben hinreißen lassen. Das „über seine Verhältnisse hinaus leben" scheint hier, wie leider so oft in der Gegenwart, den Anlaß zu Verbrechen gegeben zu haben, auf die schwere Zuchthausstrafen stehen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß der Stein dadurch ins Rollen kam, daß einer der beteiligten Beamten einem nichtbeteiligten den Rat gab, einen Einbruch in das Postamt zu „fingieren", um auf diese Weise die Veruntreuungen zu verdecken. Der nichtbeteiligte Beamte erstattete jedoch Anzeige, deren weitere Folge die vorstehenden Ermittelungen durch die Kriminalpolizei waren, der man dafür nicht dankbar genug sein kann. Denn unredliche Beamte kann kein Staat gebrauchen.

Schiedsspruch über die Löhne landwirtschaftlicher Arbeiter.

Das **Schiedsgericht** beim hiesigen Ministerium hat unterm 6. v. Mts. hinsichtlich der **Barentlohnung der Landarbeiter in der Wojewodschaft Posen** nach ausgedehnter Auseinandersetzung der Parteien folgende Entscheidung gefällt:

1. Die Barentlohnung für sämtliche Depuanten wird nicht abgeändert, bleibt wie bisher.
2. Die Häusler erhalten einen Zuschlag von 75 Prozent.
3. Die Scharwerker 1., 2., 3. und 4. Kategorie erhalten zum bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 50 Prozent.
4. Die Frauen und Melkerinnen erhalten einen Zuschlag von 100 Prozent, einschließlich der Tantieme.
5. Für die Saisonarbeiter, Männer, § 5a und § 10a Saisonarbeitervertrag, kommt ein Zuschlag von 75 Prozent.
6. Für alle anderen Saisonarbeiter betreffend § 5b und c und § 10b und c kommt ein Zuschlag von 50 Prozent.

Diese Entscheidung wird folgendermaßen begründet:

Das Schiedsgericht ist zu der Überzeugung gekommen, daß das Budget sämtlicher Deputanten hauptsächlich aus Deputatbezügen besteht. Hierdurch gleicht sich das Einkommen mit dem der Arbeiter anderer Berufe aus. Die Kommission hält das bisherige Einkommen der Deputanten für völlig ausreichend.

Betreffs der Häusler ist die Kommission zu der Überzeugung gekommen, daß das Einkommen für diese in bezug auf des Deputat wesentlich geringer ist. Daher hielt die Kommission die Erhöhung des Barlohnes für diese für angemessen.

Die Kommission erachtet die bisherigen Einkünfte der Scharwerker als unzureichend. Desgleichen auch nicht für das laufende Quartal, in welchem eine kürzere Arbeitszeit in Frage kommt.

Aus diesem Grunde erhöht die Kommission die Einkünfte um 50 v. H.

Aus obigen Gründen werden auch die Barbezüge für die Saisonarbeiter, Frauen und Melkerinnen erhöht.

Den Parteien wird anheimgestellt, bis zum 12. d. Mts. mittags 12 Uhr eine Erklärung abzugeben, ob sie das Urteil annehmen.

Die **landwirtschaftlichen Arbeitgeber** erblicken in diesem Urteil eine große Härte für die Landwirtschaft. Sie hatten aus diesem Grunde Einspruch beim Ministerium für Arbeiterangelegenheiten erhoben, der jedoch nicht berücksichtigt worden ist. Sie haben nun weitere Schritte mit der Bitte um **Revision dieser Angelegenheit an höherer Stelle** unternommen und dabei die Erklärung abgegeben, daß der Schiedsspruch **für die meisten Betriebe undurchführbar** sei.

Von ganz besonderem Interesse dürften folgende Ausführungen eines Rittergutsbesitzers zu dieser Angelegenheit sein:

Das Publikum beklagt sich dauernd und mit Recht über zu **hohe Lebensmittelpreise**. Niemand aber forscht nach der Wurzel des Übels, sondern schiebt alles der schlechten Valuta in die Schuhe. Daß diese allein nicht die Schuldige ist, bewiesen die letzten Wochen. Es mögen ja auch noch andere Gründe mitsprechen, aber ein Hauptgrund für hohe Lebensmittelpreise sind **die unerhört hohen Löhne der ländlichen Arbeiter**. Ein **Pferdeknecht** steht sich jetzt jährlich auf 550 000—600 000 Mark, er verdient die Stunde über 150 Mark, etwa 60 v. H. mehr als ein städtischer Arbeiter. Trotz dieser glänzenden Lage hat das Schiedsgericht am 6. Oktober 1921 den Forderungen der ländlichen Arbeiter noch weiter nachgegeben und die Löhne der Hofegänger um weitere 50 v. H., die der Saisonarbeiter sogar um 75 v. H. erhöht. Die Folge mußte die **Entlassung sämtlicher Saisonarbeiter** sein, weitere Entlassungen werden folgen müssen. — In besagtem Schiedsgericht hat **kein einziger landwirtschaftlicher Sachverständiger** mitgewirkt. — Es wäre gut, wenn sich die Öffentlichkeit im eigenen Interesse, sowie in dem des Staates, mit diesen unhaltbaren Verhältnissen beschäftigen wollte.

× **Eine Stadtverordnetensitzung** ist für Mittwoch nachmittag 6 Uhr, d. h. also den **evangelischen Buß- und Bettag**, einberufen worden. In deutscher Zeit pflegte auf die Festtage der anderen Konfessionen, also der katholischen bzw. jüdischen, stets Rücksicht genommen zu werden, indem Stadtverordnetensitzungen an ihren Festtagen nicht abgehalten wurden. Da auch im vergangenen Jahre am Buß- und Bettage die schon angesagte Stadtverordnetensitzung mit Rücksicht auf die evangelischen Stadtverordneten wieder abgesagt wurde, so ist wohl anzunehmen, daß es sich bei der Einberufung der Stadtverordnetensitzung auf den nächsten Mittwoch nur um ein Versehen handelt.

× **Polizeiliche Mitteilungen.** Das **Starostwo Grodzkie** gibt bekannt, daß die **Hundesperre**, die am 8. August 1921 angeordnet war, aufgehoben wurde. Gegenwärtig verpflichten wieder die Vorschriften 88—90 der Straßenordnung, nach der einige Gattungen von Hunden, besonders große, Maulkörbe tragen müssen. — Alle **Hausbesitzer** werden aufgefordert, regelmäßig die Wege und Straßen von Schnee und Eis reinigen zu lassen. Widerspenstige werden mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft. — An der Theaterbrücke wird eine **Rodelbahn für Kinder** unter 14 Jahren eröffnet. Personen über 14 Jahre ist die Benutzung der Rodelbahn verboten.

× **Der Buß- und Bettag** am Mittwoch dieser Woche, als dem letzten vor dem Totenfest, wird von den **evangelischen Gemeinden** in der üblichen Weise durch Abhaltung von Gottesdiensten begangen. Für **evangelische Kinder** ist der Tag nach einer Verfügung des Posener Schulkuratoriums **unterrichtsfrei**.

Kirchliche Wahlen der Kreuzkirchengemeinde. In den am gestrigen Sonntag nach beendetem Hauptgottesdienst unter dem Vorsitz des zweiten Pfarrers, Pfarrer **Greulich**, abgehaltenen Wahlen zu den Gemeindekörperschaften wurden in den Gemeindekirchenrat die ausscheidenden Kirchenältesten **Handtke**, **Petersen**, **Schwarz** und **Weich** auf 6 Jahre wiedergewählt, und **Schreiber** für die Zeit bis 31. Dezember 1924 neugewählt; in die Gemeindevertretung wurden die ausscheidenden Mitglieder **Blanck**, **Dorn**, **Frost**, **Koffer**, **Kutzner**, **Linß**, **Meißner**, **Menzel**, **Sanin**, **Siegmund**, **Streiß**, **Töpper** für die Zeit bis 31. Dezember 1927 wiedergewählt, und **Kroll** für die Zeit bis 31. Dezember 1924 neugewählt. An die Wahlen schloß sich eine Sitzung der vereinigten Gemeindekörperschaften.

Schlafwagen im Eilzuge Posen—Danzig. Die Eisenbahndirektion Posen bittet uns, mitzuteilen, daß der Eilzug **Posen—Danzig** einen Schlafwagen führen wird, der aus Posen zum ersten Male am 16. November und aus Danzig zum ersten Male am 17. November abfahren wird.

Vortrag Professor Dr. Herre, Berlin. Am kommenden Sonnabend, dem 19., wird Herr Professor Dr. Paul **Herre**, der Direktor des Reichsarchivs, in der Aula des Deutschen Gymnasiums, abends 8 Uhr, einen Vortrag über das Thema halten: „**Universalreich, Großmacht und Kleinstaat in der Geschichte**". Der bekannte Historiker, dessen Ausführungen zu dem bedeutenden Thema ganz besonderes Interesse erwecken werden, hat eine besondere Bedeutung dadurch, daß ihm die Bearbeitung der gesamten Kriegsakten übertragen worden ist. Eintrittskarten zu dem Vortrage sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu dem Preise von 100, 90 und 50 M. zu haben.

Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge. Der Vortrag von Fräulein **le Viseur** über **deutsche Volkskunde**, der um 7 Uhr beginnt, findet im **Musiksaal** des Deutschen Gymnasiums statt. Der Eingang zu diesem Raume ist über den Hof des Gymnasiums. Der Vortrag von Herrn Hammer und Frau Starke findet wie bisher im vorderen Korridor statt.

Bezirksschulverein Posen. In **Jarotschin** ist ein **Schüleralumnat** gegründet und in dem früheren Soldatenheim untergebracht worden. Es besteht aus einem großen luftigen Schlafsaal, Arbeitszimmer, Eßzimmer und Küche. Gegenwärtig umfaßt die Anstalt 13 Knaben, die die höhere Privatschule des Ortes besuchen, welche die Kinder bis Obertertia vorbereitet. Die Aufsicht über die Kinder führt ein Lehrer, der im Alumnat wohnt. Die Leitung des Instituts hat Frau v. **Schweinichen** übernommen. Die Anstalt kann noch einige Schüler aufnehmen; Anfragen über die Aufnahmebedingungen sind an Herrn Superintendent **Steffani** in Jarotschin zu richten.

Falschmeldungen über neue Teuerungskrawalle. Dem Berliner Nachrichtenbureau „Telunion" wird aus **Schneidemühl** unter dem 8. d. Mts. folgendes gemeldet: „In **Graudenz und anderen Städten Polnisch-Westpreußens** ist es wieder zu Teuerungskrawallen gekommen, in deren Verlauf es der polnischen Polizei nur mit Mühe gelang, die Ordnung wieder herzustellen. Eine große Anzahl Läden und Verkaufsstände wurden von der Volksmenge geplündert, auf dem Wochenmarkt in Graudenz alles kurz und klein geschlagen, weil die Händler die Preise nicht nach dem Willen der Volksmenge herabsetzen wollten." — Da diese Meldung sicherlich in zahlreiche reichsdeutsche Zeitungen übergehen wird, so sei darauf hingewiesen, daß allerdings **vor 3—4 Monaten** in mehreren Städten Polens Teuerungskrawalle stattfanden, daß aber **neuerdings nichts** von gleichen oder ähnlichen Auftritten **bekannt** geworden ist. Es liegt also eine Schneidemühler **Falschmeldung** vor, was ausdrücklich und mit Nachdruck betont werden muß.

Lohndifferenzen im Großen Theater. Zwischen dem Chor des Großen Theaters und dem Magistrat gehen seit einiger Zeit Unterhandlungen vor sich über Erhöhung der Bezüge der Choristen und Choristinnen. Da die wiederholten Anträge des Chorpersonals auf Gewährung einer neuen laufenden Teuerungszulage zu keinem Ergebnis führten (bewilligt wurde ihnen nur eine einmalige Beihilfe für Oktober und eine ebensolche für November), stand das Theater in diesen Tagen vor der Gefahr eines Ausstandes des gesamten Chorpersonals, der unter Umständen die völlige Schließung der Oper zur Folge gehabt hätte. Bis jetzt gelang es, diese Gefahr zu vermeiden, und es besteht die Hoffnung, daß die Wünsche der Choristen, die zum Teil, wie uns berichtet wird, wirklich einer Aufbesserung ihrer Bezüge dringend bedürfen, befriedigt werden, selbst wenn die Stadtverwaltung auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren sollte. Der ablehnende Standpunkt des Magistrats und seines derzeitigen Leiters scheint übrigens nicht nur materielle und finanzpolitische Gründe zu haben, sondern zugleich mit gewissen gegen die Theaterdirektion gerichteten Bestrebungen in Zusammenhang zu stehen.

Der Deutsche Fürsorgekommissar teilt uns mit, daß am Mittwoch, den 16. d. Mts., des Buß- und Bettages wegen nur Sonntagsdienst von 10—12½ Uhr stattfindet.

× **Miljonówka.** In der Sonnabendziehung der Miljonówka gewann die Nummer 3 266 003.

× **Die hiesigen deutschen Banken** halten am **Buß- und Bettage** laut Anzeige im heutigen Anzeigenteile ihre Geschäfte geschlossen.

× **Zu dem 20-Millionenjuwelendiebstahl** in dem Juweliergeschäft der ul. Gwarna 8 (früher Viktoriastr.) erfahren wir noch, daß der Einbruch nicht, wie angegeben, in der Nacht, sondern Freitag **mittag** und zwar im Zeitraum von 10 Minuten, während der Geschäftsinhaber das Geschäft verlassen hatte, verübt worden ist. Der Einbrecher ist mittels Nachschlüssels in das Geschäft eingedrungen und hat dort die Auslagen mit goldenen Uhren usw. aus dem Schaufenster genommen und ebenso darauf die zur Reparatur übergebenen Gegenstände aus der Werkstatt. Darauf ist er unbemerkt entkommen

---

* **Gnesen, 13. November.** Neulich nachts wurde ein **Raubüberfall** auf den Landwirt Jan **Gut** in Kryszczewo, Kr. Gnesen, verübt. Die Räuber rissen einen Fensterrahmen heraus, drangen in das Schlafzimmer der Gutschen Familie, banden den dort Anwesenden unter Drohung mit Revolvern und Messern die Hände und brachten sie in ein anderes Zimmer, worauf sie zu rauben begannen. Der **Wert der geraubten Sachen** wird auf **4 Millionen Mark** geschätzt. Die Räuber waren maskiert und entkamen unerkannt.

* **Rawitsch, 11. November.** Die Volkszählung am 30. September hat hier eine **Bevölkerungsziffer** von 8945 Personen (ohne Militär), und zwar 4195 männlichen und 4750 weiblichen Geschlechts ergeben; davon sind 5442 Polen und 3503 Deutsche. Bei der Volkszählung 1910 ergaben sich einschließlich der etwa 1000 Militärpersonen 11 529 Einwohner. Darnach hätte die Einwohnerschaft unserer Stadt, die Richtigkeit des diesmaligen Ergebnisses vorausgesetzt, um 1600 Seelen abgenommen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	14. November	12. November
4% Pos. Pfandbr. (neu) m. poln. St.	—,—	—,—
Bank Związku I—IX em. (ungeit.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy. Poznań I—VIII	360 + A	360 + A
Hurtownia Drog.	150 + N	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI	225 +	220 + N
Bank Ziemian I—III	—,—	—,—
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	—,—	—,—
R. Barcikowski V em.	—,—	165 + N
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	350 +	360 + A
Luban	—,—	—,—
Dr. Roman May I—III	465 +	—,—
„ „ „ IV	450 + N	440 + N
Patria	350 + N	380 + A
Pozn. Spółka Drzewna	1300 + A	1200 + N
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	360 +	360 +
Cegielski I—VII em.	230 + A	250 + A
Hurtownia Związkowa	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna	200 +	200 +
Centrala Rolników	200 + A	200 + N
Wiórno	—,—	240 +
Inoffizielle Kurse:		
Bank Poznański	130 + N	—,—
Bank Przemysłowców	205 + N	205 + N
Iri	—,—	—,—
Wisła	775 + A	—,—
Hartwig Kantorowicz	—,—	625 + N
Arcona	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	160 + N	160 + N
Herzfeld Viktorius	460—450 + A	—,—
Benzki	—,—	—,—
Wielk. Huta Miedzi	255—260 + N	260 + N
Kabel	140 +	—,—
Hurtownia Spółek Spożywcz.	150 + A	—,—

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
\+ = bezahlt (polnisch: + płacono).

= **Danziger Börse** vom 14 November. Polnische Mark 6,80, Auszahlung Danzig 7,10, Dollar 270, engl. Pfund 1085 M.

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 14. November 1921.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Odermennig	—,—*)
Futterlupinen	—,—*)	Viktoriaerbsen	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Felderbsen	—,—*)
Weizen	11 500—12 500	Raigras	—,—*)
Roggen	6600	Inkarnatklee	—,—*)
Wintergerste	—,—	getr. Futterrüben	—,—*)
Braugerste	8000—8500	Zuckerrüben getr.	—,—*)
Hafer	8000—8500	Runkeln	—,—*)
Weizenmehl 70%	20 500—21 500	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Roggenmehl 70%	9 500—10 500	„ 30—35 %	—,—*)
Senf	—,—*)	„ Steffens	—,—*)
Hanf	—,—*)	Kartoffeln	2800—3100
Buchweizen	—,—*)	Stroh: Getreidestroh, lose	—,—*)
Mohn	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Hirse	—,—*)	„ (Sommer-)	
Kümmel	—,—*)	„ lose	—,—*)
Winterraps	—,—*)	„ „ gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	—,—*)
Roter Klee	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Weizenkleie	5200	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	5[illegible]00	„ gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl inkl. Säcke. Tendenz: ruhig.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Elisabeth Krause
Otto Rühmer
Verlobte [3845
Kobylnica — Trzemeszno

Am 11. November. früh 5³/₄ Uhr verstarb mein heißgeliebter Mann, der treusorgende Vater, Bruder und Schwager, der

Apothekenbesitzer,

Philipp Storch

im Alter von 59 Jahren. [3839

Im Namen der Hinterbliebenen:
Margarete Storch, geb. Buchmann.

Schwersenz, den 12. November 1921.

Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 15. d. Mts., nachm. 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 5 u. 6 des Gesetzes in der Polizeiverordnung v. 11. März 1850 und §§ 143 und 144 Gesetz über allgemeine Landesadministratur vom 30. Juli 1883 treffe ich unter Hinzufügung zu der Polizeiverordnung vom 2. 9. 1918 über Straßenordnung kraft des § 176 dieser Verordnung untenstehende Anordnung:

§ 1. Einrichtung von Schlidderbahnen auf dem Bürgersteige und dem Fahrdamme durch Kinder und Erwachsene ist verboten, ebenfalls das Schlittenfahren auf dem Bürgersteige und Führung solcher Schlitten auf demselben.

Das Nichtverhalten nach dem Obenangeführten wird gem. § 179 Polizeiverordnung über Wege vom 2. 9. 1918 mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk. bestraft.

Diese Verfügung verpflichtet vom Tage ihrer Bekanntmachung ab.

Poznań, den 11. November 1921.

Der Starost.
gez. Mrávincsics.

Posener Straßenbahn.

Die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920 in unseren Geschäftsräumen und Wagen gefundenen Sachen sollen öffentlich versteigert werden. Das Verzeichnis derselben, sowie der gefundenen Geldbeträge liegt in unserem Bureau, ulica Gajowa 1, werktags von 9—2 Uhr aus, in derselben Zeit werden die Sachen zur Besichtigung vorgelegt werden. Wir fordern etwaige Empfangsberechtigte auf, ihre Rechte binnen 6 Wochen vom Datum dieser Zeitungsnummer an bei uns anzumelden. [652

Der Vorstand.



ACHTUNG! Suche zu kaufen:
Wirtschaften, Gasthäus., Geschäftsgrundstücke [3837
Zuschriften erbeten:
Kalota & Ludwig Wierzeja, p. Grzebienisko Kreis Szamotuły (Pozn.).

Tausche mein ca. 335 Morg. großes Gut, bester Boden, Torflager, Fischerei, mit gleichw. Objekt im deutschen od. freistaatl. Gebiete ein. Leb. u. tot. Invent. kompl., Kreis- u. Garnisonstadt 6 Klm. entf., an d. Chaussee gel. Verkauf evtl. nicht ausgeschl. Offert. u. B. 3817 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Installationsmaterial
Akkumulatorensäure
Klingelelemente
Kohlenbürsten
Bürstenhalter
Glühlampen
Lagermetall
Klingerit
Packung
Asbest
u. dergl. [3826]



J. Matuszewski,
Tel. 2219. Poznań, Górna Wilda 132. Tel. 2219

Brennereikartoffeln

offeriert [3808
Paul Schiavonetti, Kartoffelgroßhandlung,
Pleszew, Telephon Nr. 35.

Zu kaufen gesucht:

Eleg. Herren- und Schlafzimmer, Pianino, Perserteppiche u. Brück., Zier- u. Tafelkristall, auch Bronz.

Angebote nur von Selbstgebern. Vermittler ausgeschlossen u. T. G. 3833 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Etwa **10 Ztr. prima Langblatt vorjähr. Tabak** abzugeben. Gefl. Angebote unter **G. J. 3841** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



En gros **Kohlen Koks** En détail

aus Oberschlesien sind, da grössere Transporte angekommen, in jeder Menge abzugeben. **Bestellungen für Dezember nehmen wir schon heute entgegen.**

Poznański Przedsiębiorstwo Węglowe
Bracia Szymańscy
Poznań, Fr. Ratajczaka 14. Telephon 2276 und 2983.

Am Buß- und Bettag,

Mittwoch, d. 16. Novbr.,

bleiben **unsere Kassenräume** für jeglichen Verkehr **geschlossen.**

Bank für Handel und Gewerbe Poznań, Tow. Akc.
Danziger Privat-Actien-Bank, Poznań.
Disconto-Gesellschaft, Poznań.
Posensche Landesgenossenschaftsbank, T. z. z o. p., Poznań.
Prov.-Genossenschaftskasse f. Posen, T. z. z o. p., Poznań.
[3848

Prima oberschlesischen Hüttenkoks
sowie **prima oberschlesische Steinkohlen**
liefert nur bei waggonweisem Bezuge
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań
Kałużny i Werner
Poznań, Wały Zygmunta 3. Telephon 1296 und 3871.
Telegramm-Adresse: Werner Kohlenvertrieb.

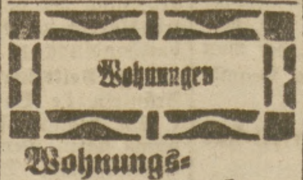
Gut mit Wald in Pommerellen oder Posen im Preise bis zu **40 Million. deutsche Mark** und kleineres bis zu 5 Millionen d. Mark evtl. in Danzig **sofort zu kauf. gesucht.** Vermittler erhält Belohnung. Genaue Offerten sind sofort an **Warszawa - Osiński - Wilcza 42** zu richten.

Sehr gute Existenz.

Eine im oberschlesischen abzutretend. Gebiet gelegene **Gärtnerei** in Stadt von ca. 15000 Einwohnern ist an zahlungsfähigen Käufer abzugeben. Uebernahme sofort oder später. Offerten an Annonc.-Expedition **Rudolf Mosse, Breslau** unter **B. G. 6603** erbeten. [MB 3923

T-Träger, Walzeisen, Schraubkapselachsen, Stacheldraht, Hufeisen, Hufnägel, Drahtnägel, Strangketten, Dachpappe, Pappnägel, Jutesäcke, Rüböl
gibt vorteilhaft ab
Landw. Ein- und Verkaufsgesellschaft „LAVEGA“ T. z o. p.
Toruń, Chełmińska 17, I. Fernruf 111. [JW 10g

Zahn-Praxis
Oskar Schmidtke,
Aleje Marcinkowskiego 16, Ecke św. Marcin. [2 70b



Wohnungen

Wohnungs-Angebot.

3—5 Z., m. Zubeh. (schöne Keller- u. Bodenr., Stall.) u. 1 Mrg. Gartenland sof. z. vergeben. Kleinstadt, ½ Std. v. Posen. Gute Bahnverbindung. Dtsche Töchterschule u. Volksschule. Da schöne Gegend, Möglichkeit von Nebeneinnahmen d. Sommergäste. Bedingung: Lehrerin in Pension nehmen. Zuschr. u. **3838** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Akademiker, ev. Konf., sucht
ein möbl. Zimmer
u. gibt Stunden. Ag. u. **3836** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.



Stellenangebote

Kassiererin

gesucht von **Konditorei J. Hirschlik, Poznań, ulica Pocztowa 33.** (3842

Ankäufe u. Verkäufe

Kleineisenzeug f. Feldbahn u. Normalgleise sowie **Laschen, Laschenschrauben, Schienennägel, Tirifonds, Klemmplatten, Universalbolzen,** ferner: **Lagermetall, Lager, Holzschwellen** für Schmal- u. Normalspur prompt v. Vorrat preisw. lieferb. **Smosehewer i Ska. T. z o. p.,** Bydgoszcz.

Trauringe und einige Uhren in Gold billig zu verkaufen. Chwilkowski, św. Marcin 40, nahe am Schloß. (3745

Ein neuer (3847
russ. Pelz,
unbezogen z. verkauf. **Cieśliński, Graniczna 12, I p.**

Kirchennachricht.
Christuskirche Bußtag 16. Nov., 10: Gd. D. Blau.

Beabsichtige meine

Eisenwaren-, Stabeisen- u. Baumaterialien-Handlg.

mit Grundstück zu verkaufen oder geg. ein Grundstück in Deutschland einzutauschen; auch kann das **Grundstück ohne** Warenlager übernommen werden. Angeb. u. **B. 3846** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

!! Trauringe in jedem Feingehalt stets vorrätig !!

Neuanfertigungen, Umarbeitungen u. Reparaturen von Juwelen, Gold- u. Silberwaren liefert preiswert und schnellstens [3843

M. Feist, Goldschmied u. Juwelier, ul. 27. Grudnia 5.

Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie gegen Einsendung von **25 Mark** als Einschreibsendung direkt vom Verlage:

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznan, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Helfer und Führer sein in der Hand derjenigen, die, der polnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Posen nicht zurechtfinden können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig unverständlichen Aufschriften auf der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den Wagen der Straßenbahn, in Geschäften und Gastwirtschaften. Er will dadurch mit dazu beitragen, daß den hier bleibenden Gliedern der deutschen Minderheit das Sicheinleben in die neuen Verhältnisse erleichtert wird und daß auch vorübergehend in Posen weilende Deutsche wenigstens von einem Teil der Schwierigkeiten befreit werden, mit denen der Aufenthalt hier und die Erledigung ihrer Geschäfte in Posen für sie verbunden ist.

Getreide-, Saaten- und Futtermittelgeschäft im ehemalig preußischen Gebiete sucht für sofort oder 1. Januar 1922

erprobten Fachmann als Prokuristen

sowie ein.

bilanzsicher. Buchhalter(in).

Bewerbungen mit Zeugnisabschr., Lebenslauf u. Gehaltsford. unter **J. L. 3840** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Suche p. sofort einen energisch. tüchtigen **Inspektor** für mein Hauptgut von 2000 Morgen schwer. Boden mit Brennerei. Gefällige Off. unt. **3798** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche per sofort oder später für meine in Oberschlesien (abgetretenes polnisches Gebiet) befindliche Holzhandlung einen **energischen**

jungen Mann,

in erster Linie für den Außendienst. Derselbe muß mit allen vorkommenden Platzarbeiten, Expedition, Sortierung usw. bestens vertraut sein und auch zeitweise den Chef vertreten können. In Frage kommt nur ein tüchtiger Holzfachmann, der der deutschen und polnischen Sprache, letzterer möglichst auch im Schriftverkehr, mächtig ist. [MB 3922

S. Orgler, Holzgeschäft, **Tarnowitz O.-S.**



Stellengesuche

Staatl. gepr., ev. **Lehrerin** sucht in Poznań Privatunterr. od. Nachh. zu erteilen. Gefl. Ang. u. **G. R. 3849** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche per sofort od. 1. 1. 22

Stellung als Inspektor,

unt. Leitung des Chefs. Bin evgl., 25 J. alt, von Jugend auf im Fach, beider Landessprachen vollk. mächtig. Off. m. Gehaltsang. u. **L. K. 3844** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.